

Die Frage der Einberufung des Reichsrates.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. Oktober.

Zu den heute vormittags 10 Uhr abgehaltenen Besprechungen der drei Gruppen des Herrenhauses waren zahlreiche Herrenhausmitglieder erschienen. Die Gruppe der Verfassungskartei hatte ihre Zusammenkunft im Wiener Absteigquartier ihres Obmannes Fürsten Fürstenberg, unter dessen Vorsitz die Beratung stattfand. Die Gruppe der Mittelpartei, in der der erste Obmannstellvertreter Freiherr v. Czedit den Vorsitz führte, hatte ihre Tagung in den Räumen des wissenschaftlichen Klubs, und die Gruppe der Rechten hielt unter dem Vorsitz ihres Obmannes Grafen Clam-Martinič ihre Besprechung im Palais des Grafen Otto Harrach ab.

Die Beratungen galten ausschließlich der Frage der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich, doch war die Frage der Einberufung des Parlaments in den Hintergrund getreten, da bei einem Teil der Mitglieder aller drei Gruppen die Bedenken geteilt werden, die die maßgebenden Kreise gegen die Einberufung des Reichsrates hegen. Im Vordergrund stand vornehmlich die Frage der Einberufung der Delegationen, und zwar der alten Delegationen, wodurch die Einberufung des Reichsrates zum Zwecke der Vornahme von Delegationswahlen überflüssig wäre. Die Verfassungskartei hat sich nahezu einstimmig für die Einberufung der Delegationen ausgesprochen. Bloß der frühere Landmarschall von Niederösterreich Prinz Alois Liechtenstein nahm in scharfer Weise gegen jeden Versuch einer Belebung des Parlamentarismus Stellung.

In den Beratungen der Rechten gelangte einstimmig die Ansicht zum Ausdruck, daß es notwendig ist, den Reichsrat und die Delegationen arbeiten zu lassen und daß man nicht gleich erschrecken soll, wenn die Verhandlungen in diesen Körperschaften nicht so glatt wie in einer Akademie verlaufen würden. Hierbei wurde jedoch von den tschechischen Mitgliedern des Herrenhauses betont, es wäre absolut unerlässlich, daß noch vor der Einberufung des Reichsrates, eventuell bloß der Delegationen Bürgerschaften gegeben werden, daß die volle Freiheit der Tribüne und der Presse gewahrt werde und daß sämtliche Mitglieder des Parlaments an dessen Plenar- und Ausschußberatungen sich beteiligen können. Von anderer Seite wurde auf die Wirksamkeit der Delegationen das größere Gewicht gelegt und nachdrücklich gefordert, daß sie auch ohne vorherige Tagung des Reichsrates und trotz einiger konstitutioneller Bedenken formaler Natur einzuberufen wären.

Ministerpräsident Graf Stürgkh wird im Laufe des morgigen Tages von der Auffassung der drei Herrenhausgruppen, daß zumindest die Einberufung der alten Delegationen anzustreben sei, verständigt werden.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. Oktober.

Der Führer der Deutschradikalen Abgeordneter Wolf hat sich in einer Versammlung des Deutschen nationalen Vereines für Oesterreich mit Rücksicht auf die nationalen Interessen der Deutschen sehr entschieden gegen die Einberufung des Reichsrates ausgesprochen. Er sagte: Die Deutschradikalen sind keine Gegner der Volksvertretung. Dafür bürgt ja ihr Wesen als wahre und freiheitliche Volkspartei, das Freiheitliche aber nicht im Sinne der „Neuen Freien Presse“. Sie sind aber gegen ein Abgeordnetenhaus, das die schwer erlängten und nun zu sichernden Rechte unseres Volkes bedroht. Die deutschradikale Partei wird auch in Zukunft, ohne Rücksicht auf die Angriffe von allen Seiten, Mittel und Wege suchen, um dem deutschen Volke in Oesterreich zu seinem Rechte zu verhelfen.

In einer Entschlieung, die die Versammlung sodann einstimmig annahm, wurde die Haltung der parlamentarischen Vertretung der deutschradikalen Partei gebilligt.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. Oktober.

Die tschechischen katholischen Blätter in Böhmen und Mähren äußern sich zur Frage der Einberufung des Reichsrates in demselben Sinne, wie die tschechisch-agrarischen Organe. Das Prager tschechisch-katholische Tagblatt „Ceska“ schreibt: Bei den derzeitigen Verhältnissen braucht man kein Gegner des Parlamentarismus zu sein, um den Standpunkt einzunehmen, daß wir ohne Parlamentstagung schon dritthalb Jahre gut ausgekommen sind, ohne es irgendwie schmerzlich zu empfinden. Unsere Pflicht tun wir auch ohne das Parlament. Unser Interesse ist nicht gerade von der Tagung des Reichsrates abhängig, und wenn die ungarische Opposition ihr Interesse daran hat, daß es dazu komme, so ist damit noch nicht gesagt, daß gerade wir so übergefällig dieses Interesse besorgen müssen.